

**Das AfD Wahlprogramm in Schleswig-Holstein  
entlarven.**

**Argumentationshilfen.**

Durchforstet, zusammengetragen, aufgeschrieben von Florian Jansen  
und Marco Höne

# Inhaltsverzeichnis

<b>1.</b>	<b>Einleitung – Keine Partei wie jede andere</b>	<b>Seite 3</b>
<b>2.</b>	<b>Das Programm entlarven</b>	<b>Seite 4</b>
<b>2.1.</b>	<b>Leerstellen bei der AfD</b>	<b>Seite 4</b>
<b>2.2.</b>	<b>AfD leugnet und verdreht Fakten</b>	<b>Seite 4</b>
<b>2.3.</b>	<b>"Bunt ist auch ein Komposthaufen" - Die AfD will uns alle gleich machen.</b>	<b>Seite 6</b>
<b>2.4.</b>	<b>Die AfD ist nationalistisch und völkisch</b>	<b>Seite 8</b>
<b>2.5.</b>	<b>Die AfD eine soziale Partei?</b>	<b>Seite 11</b>
<b>3.</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>Seite 13</b>

## 1. Einleitung - Keine Partei wie jede andere

1300 Rechtsradikale gab es laut Innenministerium in Schleswig-Holstein im Jahr 2015. Das ist ein Anstieg von 21% zum Vorjahr. 640 rechte Straftaten wurden im Land verzeichnet. 200 mehr als im Vorjahr. Die Zahl rechter Gewalttaten nahm rasant zu. 21 solcher Straftaten wurden 2014 verübt, im Jahr 2015 waren es 38. Während 2013 und 2014 keine Angriffe auf Flüchtlingsheime verzeichnet wurden, schnellte die Zahl im letzten Jahr von 0 auf 30 hoch. Im Schnitt mehr als zwei Angriffe pro Monat! Neuer Alltag in Schleswig-Holstein.

Einen wesentlichen Anteil an dieser Stimmung hat die "Alternative für Deutschland" (AfD), die mit nationalistischer und völkischer Ideologie soziale Unzufriedenheit rassistisch auflädt und rechte Scheinantworten propagiert.

Sie hat den politischen Diskurs in Deutschland verschoben. Was früher höchstens an dunkelbraunen Stammtischen gesagt werden konnte, geht mittlerweile regelmäßig über alle Kanäle. Die emanzipatorisch-freiheitliche Parole aus dem Herbst 1989, "Wir sind das Volk", wurde auf eine anti-aufklärerische Schattenseite gedreht.

Am 19.10.2016 erreichte die Partei in einer Umfrage von INSA 6% in Schleswig-Holstein. Die AfD droht, wenn auch etwas gerupft, Teil des nächsten Landtages zu werden. Analysen zeigen, dass - im Gegensatz zu Ostdeutschland - diese neurechte Partei in Schleswig-Holstein nur wenige Wähler\*innen von der LINKEN gewinnt. Und klar ist auch, wer sich für völkisch-fremdenfeindliche Politik zu begeistern weiß, hat bei der LINKEN sowieso nie etwas zu suchen gehabt.

Dennoch werden wir im Wahlkampf mit dieser Partei konfrontiert. Die AfD wird zu Podiumsdiskussionen eingeladen. Gerade auch in der Schicht der Werktätigen wie der Ausgegrenzten und Abgehängten kann die Partei als systemstörende Kraft Nichtwähler\*innen an die Wahlurnen bringen. Unter Arbeiter\*innen und Arbeitslosen erzielte die AfD herausragende Ergebnisse. In Sachsen-Anhalt wählte mehr als ein Drittel von ihnen AfD, in Baden-Württemberg ebenfalls fast 30 Prozent. Mit Diskursen, die sich um protektionistische Reflexe drehen oder einer Wut auf ein System, das zur Entwürdigung dieser Bevölkerungsteile beigetragen hat, werden wir in Diskussionen auf der Straße und an Infoständen als sozialistische Partei umgehen müssen.

Dabei gilt es den Nimbus der AfD über ihr tatsächliches Programm zu entlarven. Viele ihrer Wähler\*innen haben angegeben, dieses überhaupt nicht zu kennen. Wir als LINKE haben es versäumt rechtzeitige und umfassende Aufklärung zu betreiben. Während die Medien zuerst fasziniert auf jede Entgleisung die Kamera richteten, konnten sich verdrehte Fakten und Stimmungsmache breit machen.

Die Gegenaufklärung blieb zulange auf der Strecke.

Sie wird eine Aufgabe in unserem Wahlkampf sein. Das vorliegende Papier hat keine wissenschaftliche Analyse oder allumfassende Erklärungen zum Ziel, sondern soll dazu dienen, LINKEN Wahlkämpfer\*innen schnelle und einfache Konter-Rhetorik an die Hand zu geben, um in der Diskussion anhand nachweisbarer Fakten zur Programmatik zu bestehen. Dabei werden in einem ersten Schritt allgemein, im zweiten Schritt konkret am Wahlprogramm die Belege aufgezeigt, dass diese Partei Fakten leugnet, unsozial ist, autoritäres und rechtsradikales Gedankengut vertritt und letztlich nicht wählbar ist, wenn im Menschen noch ein Funken von Verstand glüht. Ihre neu aufgelegten Fantasien und Zwangsvorstellungen völkischer Reinheit haben vor wenig mehr als zwei Generationen ein Ende gehabt, dass sich nie wiederholen darf: Völkermord.

Dieses Erbe verpflichtet uns zur Aufklärung.

## **2. Das Programm entlarven**

### **2.1. Leerstellen bei der AfD**

In einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (FAS) Anfang Oktober 2016 hatte AfD-Chefin Frauke Petry eingeräumt, dass die Partei kein Rentenkonzept besitze<sup>1</sup>. Solche Leerstellen haben Kalkül. Sie bieten den Raum, ständig neue Schlagzeilen mit Spontanforderungen zu inszenieren. Es ist daher wichtig sie immer wieder zu benennen.

Auch im Programm des Ablegers in Schleswig-Holstein finden sich eklatante Leerstellen. Die immer drastischere Wohnungsnot kommt zum Beispiel kaum vor. Es steht zu befürchten, dass dieses Grundbedürfnis in Zukunft nicht mehr erfüllt werden kann. Studierende werden bereits in Notunterkünfte untergebracht, die Zahl der Wohnungsnotfälle hat sich in Kiel in den letzten Jahren verdreifacht. Gerade Beschäftigte mit niedrigem oder durchschnittlichen Einkommen müssen einen Löwenanteil ihres Verdienstes für die Miete aufwenden. Die AfD in Schleswig-Holstein hat zu diesem Thema ganze 5 Sätze. Man solle Umweltpflichten reduzieren und die Grunderwerbsteuer beim Wohnungskauf senken. Nebulös wird die Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren gefordert<sup>2</sup>. Die AfD gibt sich schwammig und ideenlos. Wobei sie für das Jagdgesetz mehr Leidenschaft entwickelt. Hier verbirgt sich mit 37 Sätzen und konkreten Forderungen (Aufhebung Verbot von Bleimunition, Aufklärung über das Jagen an Schulen, Verursacherprinzip bei Bejagungsverbot durch Grundstückseigentümer usw.) das siebenfache Maß an politischer Power<sup>3</sup>.

In drei polemischen Sätzen: Die AfD hat auf so eine drängende Frage wie die wachsende Wohnungsnot keine Antwort. Wer Angst hat sich den nächsten Umzug nicht mehr leisten zu können, kriegt bei der AfD kein Angebot. Wer hingegen mit Bleimunition Wölfe jagen will, wird hier glücklich.

### **2.2. AfD leugnet und verdreht Fakten**

Mit der Wirklichkeit steht die AfD oft genug auf Kriegsfuß. Getreu dem Motto "Was nicht passt, wird passend gemacht" leugnet und/oder verdreht die AfD gerne Fakten, bis sie in ihr Weltbild passen.

So verneint die AfD beispielsweise einen Einfluss des Menschen auf den Klimawandel und behauptet einfach, die Klimaerwärmung läge daran, dass wir uns eben in einer klimatischen Warmzeit befänden, die komplett unabhängig von Kohlenstoffdioxid Emissionen sei. Diese hätten nämlich generell keine Auswirkungen auf das Klima, sondern würden lediglich für besseres Pflanzenwachstum sorgen. Je mehr CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre, desto besser – behauptet zumindest die AfD, vollkommen unbeeindruckt von sämtlichen Erkenntnissen der weltweiten Klimaforschung der vergangenen Jahrzehnte<sup>4</sup>.

---

<sup>1</sup> siehe FAS vom 02.10.2016 Seite 24

<sup>2</sup> vgl. <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/656-9-infrastruktur-wohnen-und-verkehr>

<sup>3</sup> vgl. <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/658-11-natur-und-umweltschutz-land-und-forstwirtschaft>

<sup>4</sup> siehe Seite 79: [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf)

Die AfD arbeitet viel und gerne mit Ängsten in der Bevölkerung. Dafür behauptet sie "Die Innere Sicherheit in Deutschland nimmt immer mehr ab."<sup>5</sup> – ungeachtet dessen, dass Kriminalitätsstatistiken der letzten Jahre das eindeutig widerlegen. Klar hat es mehr "Straftaten" gegeben, wenn man die nicht ganz gesetzeskonforme Einreise von hunderttausenden von Flüchtlingen dazu zählen möchte, die öffentliche Sicherheit gefährden diese aber eben nicht. Und die Zahl von Gewaltverbrechen ist nach wie vor rückläufig. Aber die Realität ist eben oft viel weniger beängstigend, als es die AfD gerne hätte, deshalb versucht sie auch, da ein wenig nachzuhelfen und mehr Schusswaffen in die Hände von Privatpersonen zu bringen. So behauptet sie, "die Kriminalisierung von Waffenbesitz schreckt Täter nicht ab, sondern macht Opfer wehrloser"<sup>6</sup> obwohl schon kurzes Nachdenken zu der Erkenntnis führen sollte, dass mehr Waffen nicht für weniger Straftaten, sondern höchstens zu deren häufigeren blutigen Ausgang führen können. Aber das würde zumindest tatsächlich die öffentliche Sicherheit gefährden und so die Ängste, die die AfD zu schüren versucht, ein wenig mit Realitätsnähe ausstatten.

Auch in Schleswig-Holstein sind tatsächliche Verhältnisse und Fakten für die AfD oftmals eher ein lästiges Hindernis statt die Grundlage bei der Entwicklung ihrer Politik. Deshalb werden auch im schleswig-holsteinischen Wahlprogramm passende "Fakten", ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit, oftmals einfach erfunden und auch offensichtliche Widersprüche dabei in Kauf genommen.

Um ihre Law & Order-Politik, die z.B. eine militärische Bewaffnung der Polizei vorsieht, zu rechtfertigen, wird da schon mal behauptet, wir hätten eine ständige Zunahme von Schwerstkriminalität in Schleswig Holstein und "Schmuggel, Menschen-, Waffen- und Drogenhandel, Zwangsprostitution, Diebstähle, Raubtaten und Körperverletzungen bis hin zum Mord sind inzwischen an der Tagesordnung."<sup>7</sup> – ungeachtet dessen, dass die jährliche Kriminalitätsstatistik im Zehn-Jahres-Vergleich einen stetigen Rückgang der Kriminalitätsrate ausweist. Und bei den von der AfD beschworenen schweren Straftaten gibt es ganz aktuell in 2015 im Vergleich zu 2014 sogar einen deutlichen Rückgang.

Die AfD behauptet in ihrem Wahlprogramm auch, "Die den Asylbewerbern in Deutschland zustehenden Sozialleistungen sind nach Art und Umfang weltweit einmalig. In ihrer unwiderstehlichen Anziehungskraft locken sie Menschen über das Meer und häufig in den Tod. Deutschland bietet Asylbewerbern wohl die höchsten Sozialleistungen der Welt, meist in Bargeld, medizinische Spitzenversorgung, kostenlose Sprach- und Integrationskurse, volle Bewegungsfreiheit."<sup>8</sup> Ganz abgesehen davon, dass ausgerechnet die AfD gleichzeitig den Erwerb der deutschen Sprache als Voraussetzung der von jedem Asylsuchenden nach ihrem Willen zwingend schnellstmöglich zu erreichenden vollen Integration sieht, haben AsylbewerberInnen natürlich keine volle Bewegungsfreiheit, sondern unterliegen der Residenzpflicht und die deutschen Sozialleistungen für sie bewegen sich gerade mal im europäischen Mittelfeld - weit hinter denen z.B. in Belgien, Österreich und erst recht denen in Dänemark, welches sonst von der AfD gerne als Vorbild im Umgang mit Geflüchteten herangezogen wird.

---

<sup>5</sup> Seite 24: ebenso

<sup>6</sup> Seite 27: ebenso

<sup>7</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/649-2-innere-sicherheit-fuer-mehr-sicherheit-und-eine-wirksamere-verbrechensbekaempfung>

<sup>8</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/652-5-einwanderung-integration-und-asyl-asylrecht-reformieren-missbrauch-beenden>

Im Internet wittert die die AfD einen "rechtsfreien Raum", sie fordert die Sperrung von Seiten, die ihr unliebsame Inhalte haben, gleichzeitig sieht sie das Internet aber auch "als Medium der Kommunikation, Information und freien Meinungsäußerung", dass abseits der Verfolgung besonders schwerer Straftaten "keinerlei staatlicher Zensur unterliegen" darf - mit anderen Worten, Pornographie, linke Inhalte, islamische Seiten und was das rechtspopulistische Gemüt sonst noch beeinträchtigen könnte, wird gesperrt, aber Volksverhetzung fällt gefälligst unter freie Meinungsäußerung!<sup>9</sup>

Und auch in Schleswig-Holstein glaubt die AfD nicht an den vom Menschen verursachten Klimawandel und die Gefahren durch CO<sub>2</sub>-Emissionen. Sie will die erneuerbaren Energien so weit als möglich zurückdrängen und zurück zu Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken. Und damit auch niemand mehr ihre Weltsicht stören kann und am Ende noch weitere Belege für die Gefahren und den Fortschritt des Klimawandels beigebracht werden, soll gleich auch noch die gesamte weitere Forschung dazu gestoppt werden. Ganz nach dem Motto: Was ich nicht seh, ist auch nicht da!<sup>10</sup>

In drei polemischen Sätzen: Wir erleben keinen Anstieg der Kriminalität und die Sozialleistungen für Geflüchtete sind bei uns nicht besser als anderswo. Hier lügt die AfD, genauso wie sie es bei der Leugnung des erwiesenen Klimawandels tut. Die AfD macht sich die Welt, wie sie ihr gefällt und liefert statt Fakten haltlose Behauptungen.

### **2.3. "Bunt ist auch ein Komposthaufen" - Die AfD will uns alle gleich machen.**

Am 03.10.16 hielt AfD-Vorsitzende Frauke Petry in Stuttgart eine Rede zum Tag der Deutschen Einheit. In ihr kritisierte sie ein vielfältiges und buntes Deutschland mit dem Vergleich: "Bunt ist auch ein Komposthaufen."<sup>11</sup>

Multikulturelles Miteinander, queeres Liebesleben und auch die im Grundgesetz verbriefte Religionsfreiheit sind der Partei ein Dorn im Auge. Angeblich geht es bei ausländischen Kulturpraktiken, Homo-Ehe und Moscheen vor allem darum, eine vage definierte "deutsche" Kultur und Tugendhaftigkeit zu untergraben.

In der oben bereits zitierten Rede heißt es hierzu weiter: "Nicht willkommen sind uns Menschen, die [...] der Meinung sind, uns ihre Sitten aufzwingen zu können." Nicht, dass es ein Beispiel solcher Taten gäbe, aber es wird einfach mal so in den Raum gestellt.

Deswegen folgt im Grundsatzprogramm dem Bekenntnis zur Religionsfreiheit schon direkt die Einschränkung: "Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen."<sup>12</sup> Die angeblich wachsende Zahl von Muslimen wird pauschal als Gefahr beschrieben<sup>13</sup>. Letztlich begründe sich die "deutsche Leitkultur"

---

<sup>9</sup> vgl. <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/651-4-bildung-und-kultur-schule-hochschule-und-forschung-vor-ideologie-schuetzen>

<sup>10</sup> vgl. <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/657-10-energie>

<sup>11</sup> siehe Redemanuskript: <https://www.frauke-petry.com/index.php/aktuelles/pressemitteilung/209-reden-von-dr-frauke-petry-und-marcus-pretzell-zum-tag-der-deutschen-einheit-in-stuttgart>

<sup>12</sup> Seite 48: [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf)

<sup>13</sup> siehe Seite 49: ebd.

auf der religiösen Überlieferung des Christentums<sup>14</sup>. Für die AfD gibt es also keine allgemeine Religionsfreiheit, die nur durch geltende Strafgesetze bzw. Menschenrechte begrenzt wird. Es gibt Religionen erster und zweiter Klasse. Deutsche Religionen und Undeutsche Religionen. Im konkreten Fall betrifft das den Islam. Im abstrakten Fall muss man der AfD attestieren, dass sie die allgemeine Religionsfreiheit und damit das Grundgesetz attackiert. Dort heißt es in Artikel 4: "Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet." Die AfD hingegen will z.B. Minarette und Muezzin Rufe verbieten<sup>15</sup>.

Beim Thema Queer wird ein verzerrtes Bild vermittelt. So heißt es im Grundsatzprogramm: "Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht lehnen wir [...] ab[....]. Das traditionelle Familienbild darf dadurch nicht zerstört werden. Unsere Kinder dürfen in der Schule nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden."<sup>16</sup> Hier wird mit unterschwellig homofeindlichen Bildern ("Kinder als Spielball") versucht Stimmung dagegen zu machen, dass die vielfältigen sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten Teil eines aufklärerischen Schulunterrichts werden. Angeblich würde das Kinder in ihrer Sexualität verunsichern<sup>17</sup>. Das ist völliger Quatsch. Obwohl viele Jahre Homosexualität in der Aufklärung keine Rolle spielte gibt es homosexuelle Menschen. Seine sexuelle Orientierung ist nichts was man sich aussuchen könnte. Was die AfD will, ist die heterosexuelle Liebe in einer Ehe (und nicht die Liebe an sich) zur Tugend zu erheben.

Grundsätzlich ist Individualität bei der AfD kein allzu hoch geschätztes Gut. So heißt es beispielsweise im Absatz zur Familienpolitik: "die generelle Betonung der Individualität untergraben die Familie als wertegebende gesellschaftliche Grundeinheit"<sup>18</sup>.

In dasselbe Horn bläst auch die AfD in Schleswig-Holstein. Wie kopiert scheinen diese Passage aus dem Bundesprogramm. Auch hier wird vor der "Frühsexualisierung" gewarnt, also dieser unklare Kampfbegriff, der so tut als könnte man Kinder zu einer gewissen Sexualität erziehen, wenn man ihnen die Vielfalt unserer Lebenswelt erklärt<sup>19</sup>.

Auch in Bezug auf Kultur begibt sich die AfD auf einen engen Korridor. Eine multikulturelle Gesellschaft lehnt sie konkret ab<sup>20</sup>. In Bezug auf den Islam wiederholt sie das Bundesprogramm ohne landespolitische Forderungen anzuschließen.

In drei polemischen Sätzen: Die AfD möchte uns alle in ihre Vorstellung von deutscher Kultur pressen. Dabei attackiert sie die Religionsfreiheit des Grundgesetzes und diskriminiert Minderheiten wie Lesben und Schwule. Alles Individuelle, dass von der von ihr geforderten Vater-Mutter-Kinder-Familienvorstellung abweicht, verteufelt sie.

---

<sup>14</sup> siehe Seite 47: ebd.

<sup>15</sup> siehe Seite 50: ebd.

<sup>16</sup> Seite 54: ebd.

<sup>17</sup> Seite 55: ebd.

<sup>18</sup> Seite 41: ebd.

<sup>19</sup> vgl. <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/650-3-familie-familien-mit-kindern-sind-das-fundament-unserer-gesellschaft>

<sup>20</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/650-3-familie-familien-mit-kindern-sind-das-fundament-unserer-gesellschaft>

## 2.4. Die AfD ist nationalistisch und völkisch

Quer durch das gesamte Grundsatzprogramm der AfD ziehen sich völkische, nationalistische, islamophobe und isolationistische Ansichten und Forderungen.

Für die AfD ist klar: "Die multikulturelle Gesellschaft ist gescheitert."<sup>21</sup> und "Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In seiner Ausbreitung und in der Präsenz einer ständig wachsenden Zahl von Muslimen sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung"<sup>22</sup> Behauptungen, "dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen [...]"<sup>23</sup>, sind pauschalisierend, rassistisch und beängstigend.

In ihrer Angst vor dem Islam ist die AfD sogar bereit, sich für die Emanzipation der Frauen einzusetzen. So fordert sie ein Verschleierungsverbot, denn: "Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von muslimischen Frauen unter den Mann."<sup>24</sup> Gleichzeitig fordert sie im Kapitel 6 "Familien und Kinder" ihres Grundsatzprogramms aber eine Rückkehr zum traditionellen Familienbild mit der Frau zu Hause am Herd und sieht die Kindererziehung als Aufgabe der "Vollzeit-Mütter"<sup>25</sup>, "Kinderfrauen und Tagesmütter"<sup>26</sup>.

Die AfD sieht die "deutsche Kultur"<sup>27</sup> und den angeblich so hohen Bildungsstandard in Deutschland durch Ausländer\*innen als gefährdet an<sup>28</sup>. Auch deshalb will sie das Asylrecht einschränken<sup>29</sup>, Abschiebungen massiv forcieren, dafür nötigenfalls auch Herkunftsländer über Entwicklungshilfe und Visapolitik zu Wohlverhalten erpressen<sup>30</sup>, Aufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge in andere, unbeteiligte Staaten verlagern<sup>31</sup> und die Freizügigkeit innerhalb der EU massiv beschränken<sup>32</sup>. Außerdem sollen Kinder "die deutsche Staatsangehörigkeit nur dann erhalten, wenn mindestens ein Elternteil bereits Deutscher ist"<sup>33</sup>.

Wie schon die Republikaner und die NPD setzt die AfD auf die, unter Nationalisten beliebte, Forderung nach einem "Europa der Vaterländer"<sup>34</sup>. Und mit ihrer Forderung nach dem besonderen Schutz von landwirtschaftlich produktiven Flächen wie Äcker, Wiesen und Wälder<sup>35</sup> verbunden mit der Forderung nach mehr Eigenheimen unter der Begründung "Wohneigentum schafft Heimatbindung"<sup>36</sup> bedient die AfD dann auch endgültig die Blut und Boden Ideologie.

---

<sup>21</sup> Seite 63: [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf)

<sup>22</sup> Seite 49: ebd.

<sup>23</sup> Seite 42: ebd.

<sup>24</sup> Seite 50: ebd.

<sup>25</sup> Seite 43: ebd.

<sup>26</sup> Seite 43: ebd.

<sup>27</sup> siehe z.B. Seite 47: ebd.

<sup>28</sup> siehe Seite 63: ebd.

<sup>29</sup> siehe Seite 59-61: ebd.

<sup>30</sup> siehe Seite 61: ebd.

<sup>31</sup> siehe Seite 60: ebd.

<sup>32</sup> siehe Seite 61,62: ebd.

<sup>33</sup> Seite 65: ebd.

<sup>34</sup> Seite 17: ebd.

<sup>35</sup> siehe Seite 88: ebd.

<sup>36</sup> Seite 94: ebd.



Ihre nationalistischen und rassistischen Ansichten will die AfD aber keinesfalls als solche benannt sehen. Und dafür bemüht sie ausgerechnet das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, um genau dieses in ihrem Sinne einzuschränken. "Die AfD wendet sich gegen eine Diffamierung von Islamkritik als ‚Islamophobie‘ oder ‚Rassismus‘."<sup>37</sup> "Niemand darf Angst haben, seine Meinung zur Einwanderungs- und Asylpolitik zu sagen."<sup>38</sup>

Nationalismus und Islamophobie treten im schleswig-holsteinischen Wahlprogramm der AfD fast noch unverhohlener zu Tage als in ihrem Grundsatzprogramm. Sie bilden sozusagen den Roten Faden, der sich durch alle Themenbereiche des Programms zieht. Und zur Rechtfertigung ihrer Ablehnung von Vielfalt und jeder Art von nicht normierter Andersartigkeit ziehen sie, wie schon im Grundsatzprogramm, ausgerechnet das Recht auf freie Meinungsäußerung heran: "Mit ihren Beschimpfungen Andersdenkender haben sich die Altparteien auf ein Niveau begeben, das der demokratischen Kultur unseres Landes schadet. Wir [...] wollen das Recht auf freie Meinungsäußerung gewahrt sehen."<sup>39</sup> "Die AfD wehrt sich gegen jede Art von Sprach-, Denk- und Meinungszensur. 'Politische Korrektheit' ist schon längst zur Politischen Kontrolle geworden, die der freien Meinungsäußerung entgegensteht und die es deshalb zu bekämpfen gilt."<sup>40</sup> Es ist schon fast eine Kunst, wie das vorgegebene Bemühen um demokratische Vielfalt zur Ablehnung von Vielfalt herangezogen wird, wie alte Parolen zur Bekämpfung des neuen Erstarkens des Nationalsozialismus zur Verteidigung des völkischen Nationalismus der AfD bemüht werden: "Darum sagen wir: 'Wehret den Anfängen!'. Politisch korrekte Einheitsmeinungen sind das Gegenteil von demokratischer Vielfalt. Denn hinter den abgedroschenen Phrasen von Toleranz, Offenheit und Willkommens-Kultur steckt knallharte Multikulti-Ideologie"<sup>41</sup>.

Wie auch bei der NPD und anderen rechtsradikalen Gruppierungen findet sich auch im Wahlprogramm der AfD die Angst vor einer herbeifantasierten Überfremdung und Aufgabe der eigenen Identität durch mangelhaft ausgeprägten Nationalismus in der Gesellschaft: "Das Ergebnis der mangelnden Selbstachtung ist die Verherrlichung des Fremden, während das Eigene, die Heimat und das Festhalten an unseren Werten als altbacken abgetan und unter Generalverdacht gestellt wird."<sup>42</sup> Menschen mit Migrationshintergrund bzw. die "Massenzuwanderung" macht die AfD dabei zu Sündenböcken für alle, auch durch ihre eigenen politischen Ziele forcierten, heutigen, zukünftigen und sogar ausgedachte Folgen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft und der Umverteilung von unten nach oben. "Die jetzige Massenzuwanderung [...] bringt das stabile soziale Gefüge unserer Demokratie ins Wanken. Die Altparteien erkennen den gesellschaftlichen Sprengstoff nicht, der sich aus der Umverteilung des Wohlstandes innerhalb Europas und der ungezügelter Masseneinwanderung aus dem islamischen Raum ergibt. Die unweigerlichen Folgen sind ein

---

<sup>37</sup> Seite 49: ebd.

<sup>38</sup> Seite 58: ebd.

<sup>39</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/647-praeambel-fuer-unsere-art-zu-leben-fuer-unser-land>

<sup>40</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/651-4-bildung-und-kultur-schule-hochschule-und-forschung-vor-ideologie-schuetzen>

<sup>41</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/651-4-bildung-und-kultur-schule-hochschule-und-forschung-vor-ideologie-schuetzen>

<sup>42</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/647-praeambel-fuer-unsere-art-zu-leben-fuer-unser-land>

Zusammenbruch der Sozialsysteme, soziale Unruhen und schon jetzt schwerste Gefährdungen der inneren Sicherheit."<sup>43</sup>

Und so stark die AfD an anderer Stelle vorgeblich um den Datenschutz besorgt ist<sup>44</sup>, wenn es um Menschen mit ausländischen Wurzeln geht, sieht die Sache für sie natürlich anders aus: "Die AfD tritt dafür ein, dass die polizeiliche Kriminalstatistik eine Differenzierung von Tatverdächtigen mit Migrationshintergrund zulässt." Natürlich nur im Sinne der Integration, gegen die sich die AfD an anderen Stellen so vehement wehrt: "Damit sollen Prävention wie auch Integrationsmaßnahmen verbessert werden." und "Wirkungsvolle Integration setzt dort an, wo sie am dringendsten benötigt wird, nämlich bei straffällig gewordenen Menschen mit Migrationshintergrund."<sup>45</sup> Selbst wenn die AfD sich bei der Ablehnung der "multikulti-Gesellschaft" gerne auf christliche Werte beruft ("Wir lehnen das Konzept der multikulturellen Gesellschaft sowie Parallelgesellschaften ab. Die AfD bekennt sich zu drei Säulen, auf denen unsere heutige Kultur fußt und die unsere kulturelle Identität bilden: die griechisch-römische Klassik, den christlichen Wertekanon, die Aufklärung"<sup>46</sup>), lehnt sie genau diese christlichen Werte sofort entschieden und ausdrücklich ab, sobald es um Menschen ausländischer Herkunft geht: "Die AfD wird sich dafür einsetzen, dass die Gewährung von Kirchenasyl in Zukunft unterbleibt und das Untertauchen von Asylbewerbern strafrechtlich geahndet wird."<sup>47</sup>

Und auch, wenn die AfD offensichtlich ein ziemliches Problem mit fremdsprachigen Menschen in Deutschland hat und für diese wahlweise Abschiebung oder Integration im Sinne von Assimilation fordert: Mit deutschsprachigen Minderheiten in anderen Ländern sieht das, ganz im völkischen Sinne, natürlich ganz anders aus: "Die AfD bejaht eine Fürsorgepflicht Deutschlands für die im Ausland lebenden deutschen Minderheiten."<sup>48</sup> Das dabei statt "deutschsprachigen Minderheiten" im AfD Programm ausdrücklich "deutsche Minderheiten" steht, macht unmissverständlich deutlich, dass von diesen nicht nur keinerlei Integration erwartet werden muss, sondern dass die AfD eine solche sogar ablehnt.

In drei polemischen Sätzen: Wie auch NPD und andere rechtsradikale Parteien vermittelt die AfD den Eindruck, dass Menschen mit Migrationshintergrund und Nichtchristen eine Gefährdung wären, gegen die es sich zu wehren gelte. Sie schürt bewusst Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie; Toleranz, Offenheit und andere Werte unseres Zusammenlebens lehnt sie ab. Kritik daran verbittet sich die AfD.

---

<sup>43</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/647-praeambel-fuer-unsere-art-zu-leben-fuer-unser-land>

<sup>44</sup> siehe z.B. <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/651-4-bildung-und-kultur-schule-hochschule-und-forschung-vor-ideologie-schuetzen>

<sup>45</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/649-2-innere-sicherheit-fuer-mehr-sicherheit-und-eine-wirksamere-verbrechensbekaempfung>

<sup>46</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/651-4-bildung-und-kultur-schule-hochschule-und-forschung-vor-ideologie-schuetzen>

<sup>47</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/652-5-einwanderung-integration-und-asyl-asylrecht-reformieren-missbrauch-beenden>

<sup>48</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/659-12-schleswig-holstein-in-europa-und-der-welt>

## 2.5. Die AfD eine soziale Partei?

Eigenverantwortliche Absicherung und Absicherung durch die Familie gehen nach Ansicht der AfD vor staatlicher Absicherung. "Die AfD steht für grundlegende Reformen zum Wohle Deutschlands. Das betrifft auch die Sozialversicherungen. Nur so können die Systeme auch zukünftig leistungsfähig bleiben. Die hohen Abgaben wirken sich negativ auf die Einkommen der Arbeitnehmer aus. Auch der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands leidet darunter."<sup>49</sup> Und auch die Verantwortung für Altenpflege und Erziehung will die AfD ausdrücklich wieder innerhalb der "traditionellen Familie" eigenverantwortlich erledigt sehen. Weg mit Kitas, Ganztagschulen und Pflegeeinrichtungen. Das spart Geld und die Frauen sollen nach den Vorstellungen der AfD ja eh zurück an den Herd<sup>50</sup> Ganz im neoliberalen Geiste tritt die AfD generell auch in der Wirtschaft für weniger Staat und ganz viel Eigenverantwortung ein: "Je mehr Wettbewerb und je geringer die Staatsquote, desto besser für alle."<sup>51</sup> "Staatliche Eingriffe sind auf ein Minimum zu reduzieren"<sup>52</sup>, "Zentrale Prinzipien sind Eigentum, Eigenverantwortlichkeit und freie Preisbildung."<sup>53</sup> Dies ist eine Politik die ganz klar und eindeutig auf die Interessen von Wirtschaftslobbyisten und Großkonzernen und gegen die Interessen von kleineren Unternehmen, Arbeitnehmern etc. gerichtet ist.

Die AfD gibt auch vor, geringe und mittlere Einkommen steuerlich entlasten zu wollen. Aber ihre Vorschläge zu Änderungen im Steuersystem entlasten vor allem diejenigen an der Spitze der Einkommensskala. So will die AfD die "Vermögen- und Erbschaftsteuer abschaffen"<sup>54</sup>, und mit einer Überprüfung der Gewerbesteuer, der Haupteinnahmequelle für Kommunen, auch deren Einkünfte zur Disposition stellen. Dass die AfD gleichzeitig sämtliche Aufgaben der Arbeitsagenturen und der Jobcenter, für die bislang Bund und Kommunen gemeinsam aufkommen müssen, allein auf die Kommunen abwälzen möchte<sup>55</sup> macht besonders schön deutlich, wer hierfür die Zeche zahlen müssen. Besonders brisant in diesem Zusammenhang ist dann auch die Forderung der AfD nach einer "Nichtbeistandsklausel"<sup>56</sup>, die Rettungsprogramme für überschuldete Länder oder Kommunen verbietet. Und um ganz deutlich zu machen, wer hier wirklich steuerlich entlastet werden soll: Die AfD fordert tatsächlich, dass "analog zur Schuldenbremse [...] eine verbindliche Steuer- und Abgabebremse im Grundgesetz [eingefügt wird], um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben."<sup>57</sup>

Zusammengefasst: Der Programmentwurf der AfD zeigt eindeutig, dass die AfD ist keinesfalls eine soziale, sondern, ganz im Gegenteil, eine eindeutig neoliberale Partei ist.

Im schleswig-holsteinischen Wahlprogramm versucht die AfD nicht einmal vorzugeben, sie sei eine soziale Partei - der Punkt Sozialpolitik kommt einfach nicht vor. Wahrscheinlich war aufgrund der geradezu überbordenden Programmteile zu benachteiligten Tieren (siehe die Punkte "Tiere sind fühlende Wesen", "Artgerechte Tierhaltung -Tiere vor unnötigem Leid schützen", "Das Tierwohl bei

---

<sup>49</sup> Seite 37: [https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf)

<sup>50</sup> siehe Seiten 37, 38 und 41: ebd.

<sup>51</sup> Seite 67: ebd.

<sup>52</sup> Seite 67: ebd.

<sup>53</sup> Seite 67: ebd.

<sup>54</sup> Seite 75: ebd.

<sup>55</sup> Seite 36: ebd.

<sup>56</sup> Seite 76: ebd.

<sup>57</sup> Seite 74: ebd.

der Landwirtschaft stärker in den Vordergrund rücken", "Kennzeichnungssystem für Tierhaltungsstandards einführen", "Schächten verbieten", "Ruhezonen für Wildtiere"<sup>58</sup>etc. einfach kein Platz mehr, um auch etwas zu benachteiligten Menschen mit aufzunehmen.

Das Wenige, dass sich dennoch finden lässt, klingt alles andere als sozial, sondern, wie im Grundsatzprogramm, nach unverhohlener, neoliberaler Umverteilungspolitik. So zum Beispiel im Programmteil zur Gesundheit: "Die AfD setzt sich dabei auch in diesem Bereich dafür ein, dass unser Gesundheitssystem in kleinen Schritten ent-staatlicht, ent-plant und demokratisch liberal gehandhabt wird."<sup>59</sup> Dabei schafft die AfD das Kunststück, dass die Zusammenfassung dieses Programmpunktes um einige Worte länger ist als der Programmpunkt selbst - vermutlich weil in der Zusammenfassung versehentlich die deutlichere Beschreibung reingerutscht ist, was sich denn hinter Begriffen wie "ent-staatlicht" verbirgt: "Die AfD setzt sich ein für einen langfristigen Umbau des Gesundheitssystems hin zur Betonung der Eigenverantwortung und vermehrten Wahlfreiheit der Versicherten. Ähnlich dem Schweizer Gesundheitssystem könnte der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen auf einen Grundleistungskatalog zur Abdeckung hoher Risiken reduziert werden, während geringe Risiken oder Zusatzleistungen im Bereich der Kosmetik oder des Komforts in die Eigenverantwortung übertragen werden. Dafür ist Voraussetzung, dass der Staat im Gegenzug die Abgabenlast aus Steuern und Sozialversicherungen für den Bürger deutlich senkt und Brutto- und Nettoeinkommen wieder enger beieinander liegen"<sup>60</sup>.

Das bedeutet nichts anderes als die Entsolidarisierung des Gesundheitssystems: Wer viel verdient, der kann sich auch eine gute ärztliche Versorgung aus eigener Tasche leisten, wer wenig verdient bekommt allenfalls eine Notfallbehandlung.

Statt auf starke Sozialsysteme und eine solidarische Gesellschaft setzt die AfD unter dem Stichwort "Bürokratie abbauen" lieber auf den Abbau von gesetzlichen Vorgaben für Wirtschaftsunternehmen wie die lästige Gleichstellung, Mindestlohn u.a.: "Bürokratische Auflagen dürfen nicht entschädigungslos auferlegt werden. Gesetze und Verordnungen sollen regelmäßig auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Nachweispflichten sind abzubauen, Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Geschlechterquoten bei der MitarbeiterEinstellung lehnen wir ab, Maßstab darf allein die Qualifikation sein. Gleichstellungsbeauftragte (sic!) sind überflüssig. Durch den Bürokratieabbau wollen wir u.a. die Bearbeitungszeiten bei Ämtern verringern, beim Mindestlohn die Zeitnachweise abschaffen und flächendeckende statistische Erhebungen durch Stichproben und Hochrechnungen ersetzen."<sup>61</sup>

Auch der Zugang zu Schulen und Lehrmittel soll für Wirtschaftsunternehmen und ihre Werbung endlich problemlos möglich werden: "Drittmittel aus der Wirtschaft dürfen nicht durch staatliche Reglementierungen behindert oder unmöglich gemacht werden."<sup>62</sup>

Und wenn die AfD in ihrem Wahlprogramm schreibt, sie will "den Subventionsdschungel von EU, Bund, Ländern, Kommunen und der Sonderfonds [...] konsequent lichten."<sup>63</sup> und die Abschaffung der

---

<sup>58</sup> unter <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/658-11-natur-und-umweltschutz-land-und-forstwirtschaft>

<sup>59</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/653-6-gesundheit-fuer-ein-neues-leistungsstarkes-und-patientenorientiertes-gesundheitssystem>

<sup>60</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm>

<sup>61</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/654-7-wirtschaft-vermehrt-wohlstand-schaffen>

<sup>62</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/654-7-wirtschaft-vermehrt-wohlstand-schaffen>

Grunderwerbssteuer fordert, dann bedeutet auch das weiteren Sozialabbau. Denn Subventionen auf kommunaler und auch auf Landesebene gibt es in erster Linie für soziale und kulturelle Einrichtungen und eben nicht für große Wirtschaftsbetriebe und die Grunderwerbssteuer gehört zu den wenigen Einnahmequellen der Kommunen, denen die AfD ja auch in ihrem Grundsatzprogramm den Geldhahn zudrehen will, während sie ihnen mit der Alleinverantwortung für die Jobcenter gleichzeitig weitere zentrale soziale Aufgaben aufbürden will.

Insofern unterscheidet sich die AfD tatsächlich grundlegend von den von ihr viel gescholtenen "Altparteien" SPD, CDU und Grünen: während diese aus Angst vor Wählerverlust zumindest ein Minimum an Sozialpolitik für unverzichtbar halten, ist der AfD das Schicksal des sog. "kleinen Mannes", für den sie sich ja angeblich so ins Zeug legt, vollkommenen egal!

In drei polemischen Sätzen: Sozialpolitik kommt bei der AfD - im Gegensatz zu Tierschutz - nicht vor. Sie möchte das Gesundheitswesen privatisieren, Arbeitnehmerrechte, Mindestlohn und Gleichstellung zugunsten von Wirtschaftsunternehmen abschaffen oder zumindest einschränken. Die einzigen Menschen, für die sich die AfD wirklich einsetzt, sind Wirtschaftsbesitzer!

### **3. Zusammenfassung**

Die AfD in Schleswig-Holstein ist eine verwirrte Kopie ihrer Bundespartei. Bei ihrer Politikentwicklung scheinen Fakten eher zu stören. Sie macht Politik aus dem Bauch heraus, eher nach Gefühlslage. Dabei gibt ihre Gefühlslage offensichtlich für wichtigste Themenfelder wie z.B. die Wohnungspolitik, aber auch die Sozialpolitik insgesamt kaum etwas her. Viel mehr Engagement entwickelt sie hingegen bei Tierschutz (immerhin nicht unwichtig) und Jagdpolitik (krasse Verhältnisstörung). Sie ist dabei auf keinen Fall die Partei der "kleinen Leute", sondern, mehr noch als ihre Bundespartei, eine Partei des Turbokapitalismus, die auch noch die letzten sozialen Sicherheiten (z.B. Gesundheitsversorgung) privatisieren und "Gewinnhemmnisse" wie Mindestlohn für Wirtschaftsunternehmen abschaffen will. Ihr Grundmotiv ist dabei alle Menschen (und das Grundgesetz) ihrer rückständigen, offenbar aus den 1930er Jahren stammenden, Vorstellung von deutscher Leitkultur unterzuordnen.

---

<sup>63</sup> <https://www.afd-schleswig-holstein.de/index.php/wahlprogramm/317-programm/wahlprogramm/landtagswahl/wahlprogramm/655-8-steuern-und-finanzen>